

„Das Gymnasium als wichtige Säule“

Die Antworten der CDU

1. Prioritäten

Wir wollen den im Jahr 2005 begonnenen schulpolitischen Neuanfang fortsetzen und unser Schulsystem behutsam weiterentwickeln. Im Mittelpunkt stehen die Sicherung der Unterrichtsversorgung, also mehr Lehrkräfte für mehr und guten Unterricht, der weitere Ausbau des Ganztags, die Verkleinerung der Klassen, der Ausbau der Förderung im vorschulischen Bereich und die Sicherung des bewährten, gegliederten Schulsystems auch bei zurückgehenden Schülerzahlen.

2. Schulstruktur

Wir wollen an der bewährten Schulstruktur festhalten. Als einzige Partei stehen wir zu allen Schulformen in Nordrhein-Westfalen. Mit uns wird das Gymnasium als wichtige Säule unseres Bildungssystems auch in Zukunft erhalten bleiben. Wir sind davon überzeugt, dass die ständige Debatte über Fragen der Schulstruktur nicht weiter hilft. Wir brauchen vor allem eine Diskussion darüber, wie gelernt, gelehrt und was im Unterricht eigentlich vermittelt werden soll. Die Qualität des Unterrichts wiederum hängt davon ab, wie viele Lehrkräfte es gibt und wie gut sie qualifiziert sind.

Außerdem muss der Unterricht natürlich überhaupt stattfinden. Die Landesregierung hat den Unterrichtsausfall halbiert. Wir stehen für die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler: Mit uns wird es keine Einheitsschulen und keine Gleichmacherei geben! Und wir stehen uneingeschränkt zu unseren Schulen in freier Trägerschaft, die unser Schulsystem nicht nur ergänzen, sondern auch bereichern.

3. Schulgesetz

Es ist nicht unsere Absicht, Regelungen des Schulgesetzes, die die Grundstruktur des Gymnasiums betreffen, zu verändern. Das Gymnasium ist ein Erfolgsmodell, der Zuspruch der Eltern ist ungebrochen. Die Übergangsquote zum Gymnasium hat sich im Vergleich zum Schuljahr 2004/2005 von 36,5 auf aktuell 38,7 Prozent erhöht. Bemerkenswert ist auch der Rückgang der Sitzenbleiber in der Unter- und Mittelstufe des Gymnasiums von 3,9 Prozent im Schuljahr 2001/2002 auf nunmehr nur 1,3 Prozent.

4. Lehrerversorgung an Gymnasien

Die alte Landesregierung hat die Lehrernachwuchsgewinnung lange Zeit sträflich vernachlässigt. Das haben wir geändert. So haben wir die Zahl der Ausbildungsplätze im Vorbereitungsdienst um über 3.000 Stellen auf 16.893 angehoben, um den steigenden Einstellungsbedarf zu decken. Wir haben seit dem Jahr 2005 8.124 neue Lehrstellen geschaffen und die Demographiegewinne durch zurückgehende Schülerzahlen von rund 9.200 Stellen im Schulsystem belassen.

Mit dem im Mai 2009 beschlossenen Lehrerausbildungsgesetz stärken wir die Qualität der Ausbildung von neuen Lehrerinnen und Lehrern. Wir tun alles dafür, bestehende Schwierigkeiten in bestimmten Bereichen, vor allem im naturwissenschaftlich-mathematischen Bereich, zu beseitigen.

Zur Bekämpfung des Lehrermangels hat die Landesregierung bereits vielfältige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Informationsveranstaltungen zum Lehrerberuf insbesondere für an-



Klaus Kaiser wurde am 6. März 1957 in Bremen geboren und studierte Geschichte, Englisch und Pädagogik für die Sekundarstufe I und II in Münster. Seit 1974 ist Klaus Kaiser Mitglied der CDU und seit 1979 Mitglied im Rat der Stadt Arnsberg. Für den Wahlkreis Arnsberg/Sundern ist er seit 2000 Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen, seit 2005 vertritt er den Wahlkreis Arnsberg/Sundern/Eslohe/Schmallenberg im Landesparlament. Klaus Kaiser ist seit 2005 bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW. Er hat zwei Töchter.

gehende Abiturienten, Wiedereinführung von zwei Einstellungsterminen im Vorbereitungsdienst, Seiteneinsteigerprogramme, Erhöhung der Altersgrenze für die Verbeamtung auf 40 Jahre, Werbung über die Landesgrenzen hinaus (auch im europäischen Ausland zur Gewinnung von „native speaker“) und Austauschabkommen mit

anderen Bundesländern stärken die Position Nordrhein-Westfalens im bundesweiten Wettbewerb um qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer.

Durch die Nutzung von Demographiegewinnen können wir die Klassengrößen weiter reduzieren.

5. Individuelle Förderung der Schüler

Die Verkleinerung der Klassen ermöglicht eine bessere individuelle Förderung. Die Schulen haben ein eigenes, in den letzten Jahren aufgestocktes Fortbildungsbudget, das sie für entsprechende Aus- und Weiterbildung in diesem Bereich nutzen können.

Hinzu kommen der Ausbau des Ganztages und die Stellenausstattung. Sie liegt in Nordrhein-Westfalen bei über 103 Prozent. Das bedeutet, dass über drei Prozent mehr Lehrerstellen landesweit zur Verfügung stehen als notwendig wären, um den normalen Unterricht abzudecken. Hier bauen wir auf die größere Selbstständigkeit der Schulen, diese Mehrversorgung auch zur individuellen Förderung einzusetzen, soweit die Stellen nicht für Vertretungsaufgaben benötigt werden.

Ein Beispiel für die zahlreichen Angebote der individuellen Förderung ist die Initiative gegen das Sitzenbleiben „Komm mit!“. Sie trägt unter anderem dazu bei, dass die Zahl der Sitzenbleiber in den weiterführenden Schulen von 3,4 Prozent im Schuljahr 2004/2005 auf 2,4 Prozent zum Schuljahr 2009/2010 zurück gegangen ist, im Gymnasium sogar auf 1,3 Prozent.

Wie ernst unsere Lehrkräfte an den Gymnasien die individuelle Förderung nehmen, zeigt auch, dass trotz oder wahrscheinlich wegen der guten Vorbereitung auf das Zentralabitur im letzten Jahr mit 2,53 der beste Abitur-

durchschnitt seit Beginn der Dokumentation 1992 erzielt wurde.

6. Schulzeitverkürzung am Gymnasium

Die Schulzeitverkürzung gelingt. Sie wird von den Gymnasien im Regelfall gut umgesetzt.

Die CDU begrüßt ausdrücklich die getroffenen Absprachen zwischen der Landeselternschaft der Gymnasien, der beiden Direktorenvereinigungen, des Philologenverbandes und dem Schulministerium. Diese konstruktive Vorgehensweise trägt dazu bei, dass Anfangsprobleme, die bei grundlegenden Reformen nicht unüblich sind, pragmatisch gelöst werden (konnten). Durch die Begrenzung des Unterrichts am Nachmittag und des Hausaufgabenumfangs wird eine Überlastung vermieden. Gleichzeitig sorgen neue Kernlehrpläne, Muster-Curricula sowie neue Schulbücher mit der Ausweitung von Pflicht- und Zusatzstoff im Unterrichtsalltag für einen besseren Umgang mit der Schulzeitverkürzung. Erstmals können die Gymnasien dabei auch Förderstunden anbieten. Es hat sich herumgesprochen, dass es sich bei G8 nicht um eine Verdichtung des Unterrichtsstoffes handelt. Es ging nicht darum, den bisherigen Unterrichtsstoff in acht Jahren zu unterrichten, der vorher in neun Jahren vorgesehen war, sondern um die konsequente Umsetzung des Lernstoffes in Richtung Kompetenzorientierung. Mit der Broschüre „Das achtjährige Gymnasium in Nordrhein-Westfalen. Schulzeitverkürzung gelingt“, die an alle Gymnasialeltern der Unter- und Mittelstufe verteilt wurde, erläutert das Schulministerium die Umsetzung der Schulzeitverkürzung.

7. Doppelter Abiturjahrgang

Im Jahr 2013 werden rund 175.000

Schülerinnen und Schüler eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben. Das wäre gegenüber den Prognosen für das Jahr 2012 ein Plus von rund 50.000 Studienberechtigten. Eine Verdopplung wird nicht stattfinden, nicht zuletzt weil die Schulzeitverkürzung nur die Gymnasien betrifft. Es wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt, die alle Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Abiturjahrgang 2013 koordiniert.

So werden durch den Hochschulpakt I und II die Studienplatzkapazitäten ausgeweitet. Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen erhalten dafür rund 1,8 Milliarden Euro. Gemeinsam mit den Partnern im Ausbildungskonsens wurden konkrete Maßnahmen verabredet, um das duale System quantitativ auszubauen. Auch bei der Abiturprüfung selbst gibt es konkrete, seitens des Schulministeriums auch bereits mit der Landeselternschaft erörterte Pläne, wie die betroffenen Lehrer und Schüler entlastet werden können. So wurde zum Beispiel – auf Initiative der Landesregierung in der Kultusministerkonferenz – der Beginn der großen Ferien im Jahr 2013 in Nordrhein-Westfalen auf einen späten Termin gelegt, damit ausreichend Zeit für die Prüfungen bleibt. Angesichts der frühen Lage der Osterferien 2013 bleiben fast drei Monate für die Durchführung des eigentlichen Abiturverfahrens. Dies reduziert den Zeitdruck.

8. Ganztagsschule

War der Ganzttag vor 2005 fast ausschließlich den Gesamtschulen vorbehalten (Ausstattung 2005: 97 Prozent), insbesondere wurde zwischen 1993 und 2005 keinem Gymnasium, keiner Realschule und keiner Hauptschule der Ganzttag ermöglicht, so konnte zwischenzeitlich die Quote an Ganzttagsgymnasien von 4 Prozent auf 12 Prozent gesteigert werden. 216 neue ge-



Doppelter Abiturjahrgang – auf die Antworten der Parteien sind auch die Schüler gespannt

Die Zahlen im Überblick

Lehrerversorgung

8.124 neue Lehrerstellen seit dem Jahr 2005

9.200 Stellen durch Demographiegewinne im Schulsystem belassen

103 % landesweite Lehrerversorgung

3 % Aufbau dieser Stellenreserve seit 2005

Unterrichtsausfall

2,3 % im Durchschnitt seit 2006

4,5 % im Durchschnitt in den Jahren von 2001 bis 2005

Vorbereitungsdienst

über 3.000 zusätzliche Ausbildungsplätze im Vorbereitungsdienst

Übergangsquote zum Gymnasium

38,7 % Schuljahr 2009/2010

36,5 % Schuljahr 2004/2005

94 % der Schüler mit uneingeschränkter Gymnasialempfehlung gehen zum Gymnasium

58,2 % der Schüler mit Realschulempfehlung und eingeschränkter Gymnasialempfehlung gehen zum Gymnasium

Sitzenbleiberquote am Gymnasium Sek I

1,3 % zum Schuljahr 2009/2010

3,9 % Schuljahr 2001/2002

Sitzenbleiberquote an den weiterführenden Schulen Sek I

2,4 % Schuljahr 2009/2010

3,4 % Schuljahr 2004/2005

Abiturdurchschnittsnote im Schuljahr 2008/2009

2,53 beste Durchschnittsnote seit Beginn der Dokumentation im Jahr 1992

Doppelter Abiturientenjahrgang 2013

ca. 50.000 mehr Studienberechtigte als 2012

1,8 Mrd € Aufstockung der Mittel im Hochschulsystem

Anzahl der Ganztags gymnasien

12 % Schuljahr 2010/2011

4 % konstant in den Jahren von 1992 bis 2005

Ersatzschulfinanzierung

Plus 20 % seit 2005.

bundene Ganztagsgymnasien und -realschulen wurden durch die Landesregierung auf den Weg gebracht. Für alle weiterführenden Schulen in Halbtagsform wurde zudem die pädagogische Übermittagsbetreuung eingeführt, um die Betreuung zwischen Vor- und Nachmittagsunterricht sicher zu stellen. Erstmals wurde den weiterführenden Schulen außerdem die Möglichkeit eröffnet, Ganztags-Lehrerzuschläge in bestimmtem Umfang zur Beschäftigung anderer Professionen zu nutzen.

Diese Ganztagsoffensive werden wir bedarfsgerecht fortsetzen und dabei auch eine weitere Flexibilisierung des Ganztagsangebotes prüfen.

9. Gymnasiale Oberstufe

Priorität vor einer Reform der gymnasialen Oberstufe hat die reibungslose Umsetzung der Schulzeitverkürzung am Gymnasium. Die Kultusministerkonferenz erarbeitet derzeit gemeinsame Bildungsstandards für das Abitur. Wenn diese vorliegen, werden wir die Umsetzung mit allen Betroffenen besprechen.

10. Eigenverantwortliche Schule

Früher wurde den Schulen jedes Detail vorgeschrieben, was die Schulentwicklung bremste. Der Bürokratiewahn der alten Landesregierung wurde abgelöst durch eine Steuerung, die den Schulen eigenverantwortliches Handeln ermöglicht. Wesentlich zur eigenverantwortlichen Schule gehört, dass die Schulen schon heute über das Internetportal „Lehrereinstellung Online.de“ (LEO) ihre freien Stellen ausschreiben und ihren Lehrernachwuchs weitgehend selbstständig einstellen können. Diese Praxis werden wir beibehalten. Für bestimmte Regionen, in denen Gymnasien traditionell Schwierigkeiten bei der Lehrergewinnung haben, wurde in diesem Jahr mit großem Erfolg ein mo-

difiziertes Verfahren angewendet.

Die eigenverantwortlichen Schulen wollen wir unterstützen durch regionale Bildungsnetzwerke. Bis Ende 2010 streben wir solche Netzwerke in allen 53 Kreisen und kreisfreien Städten an; bislang konnten in den zurückliegenden beiden Jahren bereits 40 gegründet werden.

Die Kernlehrpläne wurden entfrachtet und auf Kompetenzen orientiert. Hinzu treten Rahmenvorgaben, Empfehlungen, Handreichungen oder sonstige Unterrichtsvorgaben, die Anhalt für den Unterricht bieten. Dadurch erhalten die Schulen vor Ort mehr Freiräume zur pädagogischen Gestaltung.

11. Maßnahmen zur Qualitätssicherung

Die Transparenz der Qualitätsanalyse ist gegeben. Mittlerweile liegt ein erster Zwischenbericht der Qualitätsanalyse vor, der die ersten Erfahrungen öffentlich dokumentiert. Mit der Qualitätsanalyse sollen Stärken und Schwächen der Schulen erkannt und anschließend Stärken gestärkt und Schwächen abgebaut werden. Das über Nordrhein-Westfalen hinaus als wegweisend anerkannte Instrument der Qualitätsanalyse wollen wir noch weiter verbessern.

12. Schulen in freier Trägerschaft

Die CDU bekennt sich zu den Schulen in freier Trägerschaft. Sie sind ein wichtiger und wertvoller Bestandteil unserer Schullandschaft. So wurden die Mittel für Ersatzschulen seit 2005 um rund 20 Prozent auf nunmehr 1,17 Milliarden Euro im Schulhaushalt 2010 gesteigert. Kürzungen der Ersatzschulfinanzierung, wie die umgehend zu Beginn der Legislaturperiode rückgängig gemachte Sparmaßnahme der Vorgängerregierung, wird es mit uns nicht geben.

13. Lehrerbildung

Mit der auch bundesweit anerkannten Reform der Lehrerbildung bereiten wir den Lehrernachwuchs noch besser auf ihre zukünftigen Aufgaben vor. Die Ausbildung soll durch frühe Praxisanteile gezielter auf die Arbeit vorbereiten und die Lehramtskandidatinnen und -kandidaten früh an den schulischen Alltag heranzuführen. Die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen Universitäten, Studienseminaren und Schulen sollen intensiviert werden.

Kurz gefasst möchte ich Ihnen den Erfolg der Landesregierung mit dem folgenden Überblick in Zahlen mitteilen (siehe Kasten linke Seite). ■

Pressemitteilung

Die neuesten Zahlen aus dem Wissenschaftsministerium

In seiner Pressemitteilung vom 19.02.2010 versicherte Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) erneut zum doppelten Abiturientenjahrgang: „Jeder der studieren möchte und kann, erhält einen Studienplatz“. Die Eckpfeiler der Planung sind:

- 1,8 Mrd. EUR für die Hochschulen
- 3500 neue Professoren
- 135000 zusätzliche Quadratmeter Nutzfläche allein durch den Fachhochschulausbau
- Bologna-Check für alle Studiengänge